

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Ausbildungssituation transparent darstellen**

Eine Verbesserung der Ausbildungssituation setzt voraus, dass diese Situation transparent dargestellt wird. Das ist bislang nicht der Fall. Niemand weiß, wie viele Jugendliche im Land Bremen jedes Jahr nicht in Ausbildung (oder einen weiterführenden schulischen oder hochschulischen Bildungsgang) einmünden. Ohne Klarheit über diese Zahl lassen sich Erfolg oder Misserfolg von Ausbildungspolitik aber nicht messen. Das Versprechen einer „Ausbildungsgarantie“ würde zur Farce, wenn seine Einhaltung (oder zumindest seine Einhaltung in höherem Maß als bisher) nicht überprüfbar ist.

Die wesentlichen statistischen Lücken sind dabei bekannt. Zum einen geben die Jobcenter als „Bewerberinnen/Bewerber um einen Ausbildungsplatz“ nur die Zahl derjenigen Jugendlichen wieder, die von ihnen als „ausbildungsreif“ eingestuft werden – die Zahl der Jugendlichen, die diese Einstufung nicht erhalten, wird nicht festgehalten und berichtet. Zum anderen wird von den ausbildenden Betrieben bislang nicht konsequent und flächendeckend berichtet, wie viele der neuen Ausbildungsverträge nicht mit Jugendlichen aus Bremen und Bremerhaven, sondern mit Jugendlichen aus dem Umland geschlossen werden. Das wäre aber notwendig zu wissen, um die Zahlen mit den Informationen über die Schulabgängerinnen/Schulabgänger abzugleichen. Ebenso wird bislang nicht konsequent festgehalten und berichtet, wie viele neue Ausbildungsverträge mit Jugendlichen geschlossen werden, die mit Abitur abgegangen sind. Auch diese Information ist statistisch notwendig, um festzustellen, in welchem Umfang die Zahl der Ausbildungsplätze wirklich ausreichend ist, um alle Schulabgängerinnen/Schulabgänger aufzunehmen, die eine Ausbildung brauchen.

Im Rahmen der zweiten Bremer Armutskonferenz wurde die Intransparenz der Ausbildungssituation ausdrücklich kritisiert und auf die blinden Flecke der bisherigen Berichterstattung hingewiesen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der Bremer Vereinbarungen und der Jugendberufsagentur verbindlich zu vereinbaren, dass

1. auch die Zahl der von den Jobcentern nicht als „ausbildungsreif“ eingestuften Jugendlichen mit Ausbildungsbedarf dargestellt wird;
2. seitens der Betriebe statistisch dargestellt wird,
 - a) wie viele der neuen Ausbildungsverträge mit Jugendlichen abgeschlossen wurden, die nicht im Land Bremen wohnhaft sind,
 - b) welchen Schulabschluss die neuen Auszubildenden haben;
3. jährlich als entscheidende Kennzahl die Zahl der Jugendlichen festgestellt wird, die nach dem Schulabgang weder in Ausbildung, noch in eine weitere schulische Bildung mit Ziel eines höheren schulischen Abschlusses, noch in ein Studium eingemündet sind;
4. diese Zahlen auch nach Frauen und Männern aufgeschlüsselt werden.

Miriam Strunge,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE